

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelscheintische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Gründet 1848, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. and. Bezugsstellen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Rindlarstr. 11. Fernruf Nr. 2915, 2916, 2917. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz-Nassau 25 Pf., Restlandteile 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Restlandteile 1.50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 137

Samstag, 22. März 1919.

75. Jahrgang.

### Aufhebung der Finanzblockade.

Aus dem neutralen Ausland kommt die Meldung, daß zugleich mit dem endgültigen Entschluß, Deutschland Lebensmittel zu geben, die Finanzblockade gegen Deutschland aufgehoben werden soll. Während des Krieges hatten sich die beiden feindlichen Völkergruppen finanziell gegeneinander hermetisch abgeschlossen. Alle Finanzsäden waren entgegen der Ansicht vor dem Kriege zerrissen. Die Finanzschleute, auch die englischen Nachleute, hatten vor dem Kriege geglaubt, daß im Falle eines bewaffneten Konflikts die internationalen Zahlungen weitergehen würden. Dieser Glaube hat getäuscht. Ueber viereinhalb Jahre haben wir, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, die feindlichen Völkergruppen Zahlungen einander nicht gestattet. Im Gegenteil wurden haben und drüben die Entschlossenheitsmaßnahmen über zwecks Beschlagnahme registriert. Es wurden die sogenannten feindlichen Unternehmungen handiert oder unter Zwangsverwaltung gestellt.

Wenn jetzt die Finanzblockade aufgehoben wird, so bedeutet das das Eingeständnis der Notwendigkeit, denn Deutschland kann umsofort die ungeheuren Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen, die auch schon bald herankommen müssen mit eigenem Geld bezahlen. Selbst wenn Deutschland, was angesichts der Kriegsentwicklungen zweifelhaft ist, sein sämtliches Gold für Rohstoffe und Lebensmittel hergeben sollte, so wäre damit nicht viel geschehen. Denn es handelt sich nicht nur um zwei oder drei Milliarden, sondern um einen ganzen Haufen von Milliarden. Man hat kürzlich die Summe, die zur Aufbringung der deutschen Lebensmittel und Rohstoffe dringend notwendig ist, auf dreißig Milliarden Mark geschätzt. Deutschland ist gezwungen, mit auswärtigem Geld zu bezahlen. Die ausländischen Devisen und sonstigen Zahlungsmittel, die in Deutschland vorhanden sind, sind heute nur noch verhältnismäßig gering. Wie man weiß, hat die Reichsbank die Verwertung dieser neutralen Zahlungsmittel zentralisiert in der sogenannten Devisen-Zentrale. Aber die ungeheure Steigerung der Kurse fremder Devisen an der Berliner Börse zeigt schon, daß nicht mehr viel Devisenmaterial vorhanden ist. Auch die Vorräte an ausländischen Effekten, mit denen man Verpfändungen an das Ausland erledigen kann, sind nicht mehr sehr groß, nachdem man im Verlauf des Krieges zur Forderung unserer Valuta schon einen recht erheblichen Teil an das Ausland abgehoben hat.

Da bleibt uns nichts anderes übrig, als ausländisches Geld zu den Zahlungen zu benutzen, d. h. im Auslande Anleihen aufzunehmen. Die Entente scheint zunächst gewillt zu sein, uns die Aufnahme deutscher Anleihen im neutralen Ausland zu ermöglichen. Da jedoch die Vereinigten Staaten wesentlich für die Versorgung in Betracht kommen, so wird man nicht umhin können, Deutschland auch den amerikanischen Markt für die Unterbringung seiner Darlehensanleihen bezw. seiner Materialkaufanleihen zu öffnen. In welchem Ausmaße das geschehen wird, darüber läßt sich jetzt nichts sagen. Auch läßt sich nicht voraussetzen über den Einfluß dieser Anleihen auf unsere Valuta. Die Gestaltung der Valuta hängt nicht allein von dem Kredit ab, den das Ausland uns eröffnet, sondern auch von unserem eigenen Export. Ehe nicht unser eigener Export mit Hilfe der ausländischen Rohmaterialien wieder in Gang gebracht worden ist, wird von einer wesentlichen Erhöhung des Reichsmarktkurses im neutralen Ausland nicht gesprochen werden können. Es ist überhaupt fraglich, ob sich in Zukunft der Warenverkehr auf dem Weltmarkt mit Hilfe der alten Geldwirtschaft, des alten Zahlungsverkehrs, abwickeln wird. Es scheint fast, daß eine neue Art der Verrechnung kommen wird. Vor einigen Tagen sind auf der Völkerbundkonferenz in Bern Beschlüsse gefaßt worden, die in dieser Beziehung sehr bemerkenswert sind. Man hat dort eine internationale Verrechnung der Güter gefordert. Die einzelnen Länder sollen nach einem Schlüssel versorgt werden. Das scheint uns der Anfang einer neuen internationalen Verrechnung zu sein, bei der das Geld keineswegs mehr die Rolle spielt, die es früher in der Weltwirtschaft gespielt hat. An seine Stelle wird die Ware und die Arbeit treten.

### Ministerpensionen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Zuschrift: Mit gewaltigem Entzücken hat man aus der Polemik Hühnerhoffmann in der preussischen Landesversammlung erfahren, daß ein Mann, der wenige Wochen Unterstaatssekretär gewesen ist, zeitweilig 12 000 Mark Pension erhalten soll, ohne zuvor Beamter gewesen zu sein und etwa durch die Länge seiner Tätigkeit einen Pensionsanspruch erworben zu haben. Es ist selbstverständlich, daß in einer parlamentarischen Republik die Minister häufiger wechseln werden als in der Monarchie. Damals wurden meistens abgediente Beamte Minister, heute werden es Parteiführer, die einen ganz anderen Berufsstand haben. Nach ihrem Austritt üben sie diesen wieder aus, und da sie fast immer auch noch Abgeordnete sind, beehren sie daneben auch diese Einkünfte. Das Volk würde es einfach nicht verstehen, wenn im neuen Deutschland unter völlig veränderten Verhältnissen jeder, der einmal Minister oder Unterstaatssekretär, Vortragender Rat oder dergleichen gewesen ist, zeitweilig eine hohe Pension dafür beziehen würde. Für einen solchen kostspieligen Unfug darf es weder Raum noch Geld geben.

### Die Stellung des Zentralrates.

Wie bereits gemeldet, wird der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik am 6. April zu seiner zweiten Tagung zusammenzutreten. Das Referat über den Einbau des Räteprinzips in die Verfassung wird Cohen-Reuch erörtern. Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, daß die politischen Rechte der Arbeiter durch deren Vertreter in der Nationalversammlung und in den Landesversammlungen gewahrt werden und damit ein anderes Organ zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiterklasse sich erübrigt. Tatsächlich würde ein derartiges zweites Organ eine Nebenregierung bedeuten, die jede ordnungsmäßige parlamentarische Arbeit in Frage stellen würde. Da Herr Cohen-Reuch sein Referat namens des Zentralrats erachtet, darf nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als sicher angenommen werden, daß er nicht seinen persönlichen Standpunkt geltend machen will, sondern die Auffassung des Zentralrats zur Geltung bringen wird, die die Rätevertretung für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in der Verfassung niederlegen will.

### Ostfragen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Bei dem vorgeschlagenen Besuch Kossel im Großen Hauptquartier in Kolberg wurden die Fragen des Ostens besprochen, namentlich bezüglich des Ostpreussens, und dabei auch die Einfließen der dortigen Freiwilligenkorps in die zu gründende Reichswehr beraten.

Nach zuverlässigen Nachrichten, die aus Russland bei den ausländischen Stellen in Kriegsberg eingetroffen sind, bestehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge keine Zweifel mehr daran, daß die Bolschewisten einen Einmarsch im Osten beabsichtigen. Ein Heer, das 200 000 Mann stark werden soll und Anfang Februar bereits 70 000 Mann zählte, wird in Moskau gebildet. Es wird gleichzeitig auch als Propagandatruppe ausgebildet. In diesem Zweck werden auch zahlreiche deutsche Kriegsgefangene durch Hunger zum Eintritt in das Heer gezwungen.

### Abbruch der Verhandlungen in Posen.

Ämtlich wird aus Berlin gemeldet: Die Verhandlungen der Unterkommissionen der deutschen Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Kommission in Posen zur Festlegung der Ausführgeschäftsmäßigkeiten für die militärische Demarkationslinie sind Mittwoch früh abgebrochen worden. Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich nicht über die sogenannte partielle Oberkommission. Diese Kommission sollte als Beschwerdeinstanz dienen für die Parteilichkeitskommissionen, denen zur Aufgabe gesetzt war, die vollkommen partielle Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität zu garantieren.

### Die Grenzen Polens.

Savos meldet, daß in der Mittwochssitzung des Oberen Rates Jules Cambon die Riele der Kommission für die polnischen Angelegenheiten darlegte. Polen könne ein lebensfähiger Staat werden trotz seiner unzusammenhängenden Landesgrenze unter gleichzeitiger Anpassung an das Nationalitätenprinzip. Um seine Unabhängigkeit zu behalten, habe Polen einen freien Zugang zum Meere unbedingt nötig. Unter diesen Umständen aber sei es unmöglich, Polen seine fremden Elemente einzuverleiben. Das Projekt der Kommission, das im ganzen genommen die Grenzen Polens wenig weiter ausdehnt als 1772, bewilligt Polen einen Auslass zum Baltischen Meer, der mit einem Landstreifen längs der Weichsel gedacht ist. In Allenstein wird eine Volksabstimmung abgehalten werden müssen.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Dypeln berichtet wird, hat sich der ehemalige polnische Abgeordnete Senda über die Polenfrage nach einer Meldung des Pariser Berichterstatters des „Kurier Warszawski“ dahin geäußert, daß die polnische Frage sich etappenweise

entwickle. Die Frage betreffend Teschen und Polen sei bereits zugunsten der Polen entschieden. Jetzt wird die Frage betreffend Danzig und Memberg behandelt. Auch diese Frage befindet sich auf gutem Wege und es ist Aussicht vorhanden, daß Memberg an Polen fällt. Die dritte und letzte Etappe bildet die Frage der östlichen Grenzen. Eine nach Osten geleitete Unternehmung des polnischen Heeres kann auf Anerkennung und sogar Dankbarkeit der Koalition rechnen.

### Die Verluste zur See.

Die „Times“ bringen aus zuverlässiger Quelle folgende Angaben über die Verluste zur See, die beide Seiten erlitten haben:

	England	Frankreich	Italien	Japan	Amerika
Schlachtschiffe	13	4	3	1	—
Schlachtkreuzer	3	—	—	—	—
Kreuzer	25	5	2	4	1
Monitore	6	—	1	—	—
Perföderer	64	14	10	3	2
Torpedoboote	10	8	5	1	—
Unterseeboote	50	14	8	—	1
Kleine Fahrzeuge	27	9	—	—	—

Gesamttonnageverlust 550 000 110 000 78 000 50 000 17 000  
Gesamtverluste aller Flotten der Alliierten: 803 000 T.

	Deutschland	Oesterreich
Schlachtschiffe	1	3
Schlachtkreuzer	1	—
Kreuzer	24	2
Monitore	—	3
Perföderer	72	5
Torpedoboote	51	4
Unterseeboote	205	8

Gesamttonnageverlust 350 000 65 000  
Gesamtverluste der Mittelmächte: 415 000 Tonnen.

### Ein osyrisch-maldaiischer Staat?

Nach dem „Welt Parisien“ befindet sich eine osyrisch-maldaiische Deputation auf der Reise nach Paris, um die Errichtung eines christlich-osyrisch-maldaiischen Staates in Obermesopotamien zu erlangen.

### Die Neugliederung des Reichs.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat am Mittwoch den Artikel 15 beraten, der die Zusammenfassung kleinerer Einzelstaaten oder Landesteile zu neuen Staaten vorseht.

#### Minister Preuss

sprach sich eingehend über die Schwierigkeiten des Artikels 15 aus, der bestimmt, daß einerseits die Gebietsteilung innerhalb des Reichs, wie sie zurzeit besteht, aus politischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gründen unmöglich unverändert bleiben kann und daß andererseits eine gründliche territoriale Umgliederung der Einzelstaaten nicht möglich sei in einem Augenblick, in welchem wir alle Kräfte auf die Erhaltung unserer Grenzen verwenden müßten. Der Gedanke flüchtiger territorialer Änderungen müsse für den gegenwärtigen Zeitpunkt fallen gelassen werden. Auf der anderen Seite bleibe der Gedanke der inneren Neugliederung der Gliedstaaten Deutschlands unbedingt auf dem Programm. Deshalb sei für die Reichsregierung der entscheidende Satz der, den der Staatenausschuß freizugehen wolle, daß nämlich die Gebietsteilung eingeleitet könne, wenn eine gültige Einigung nicht zustande komme. Wenn dieser Satz getrieben werde, so bedeute das, daß auf eine von rechtschaffen als notwendig erkannte Aufgabe verzichtet werde. Schon jetzt werde noch fortwährend von Kleinstaaten das Reich anrufen, die entweder auseinander oder zusammen wollen. Es müsse ein geordneter Weg gefunden werden, damit Zufallsentscheidungen und Ueberrassungen vermieden würden. Das sei nur möglich, wenn das Reich ein Verfahren habe, um die verschiedenen Bündnisse nach territorialer Neuarrangierung auszugleichen. In erster Linie müsse die Bereitwilligkeit rasch eingreifen, aber wenn sie nicht zum Ziele führe, müsse das Reich eintreten, und zur Vorbereitung solle eine Reichsvermittlungsstelle geschaffen werden, die manche Schwierigkeiten aus dem Wege räumen könne.

Es schloß darauf eine lebhafte Debatte über die Erhaltung oder Verschlagung Preußens ein. Die Abgeordneten Trimborn, Seile und Goldhorn haben Anträge eingebracht, die zu langen Auseinandersetzungen Anlaß geben.

#### Der Westdeutsche Freistaat.

Abg. Trimborn begründete seinen Antrag in einseitiger Rede, in der er sich gegen den Vorwurf verteidigte, daß die Befürworter der Verschlagung Preußens keine guten Patrioten seien. Er berief sich auf die gute Gesellschaft, in der er sich mit dem Oberpräsidenten v. Batocki, Professor Hans Delbrück und Reichsminister Preuss selbst befände. Sein Antrag leuere nicht nur auf die Verschlagung Preußens, sondern auch auf die von Bayern und der übrigen Bundesstaaten hin. Die deutsche Kammer mit Pflege der Stammesähnlichkeit erweise ihm haltbarer als es die preußische Kammer je gewesen sei. Die Hegemonie eines Einzelstaates gehöre nicht zum Wesen eines Föderativstaates. Das beweise das Beispiel der Schweiz und Amerikas. Der schwierigen Stimmung und Stellung der Rheinländer solle durch eine Art Reichsunmittelbarkeit entgegengekommen werden. Man solle die ganze Frage im Wege der Volksabstimmung die Bevölkerung der Rheinlande vorlegen.

### Vorsichtsmaßregeln gegen Spartakus.

Für den von den Spartakisten und Unabhängigen angeführten neuen Generalstreik hat die Reichsregierung alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Allein vor Berlin sind mehr als 30 000 zuverlässige Reserve- und Ersatztruppen zusammengezogen. Auch für die übrigen norddeutschen Großstädte haben, falls ein neuer eventueller Generalstreik durch spartakistischen Terror diesmal allgemein werden sollte, genügend starke Regimentsgruppen zur Verfügung, die sowohl Putz- wie Plünderungen verhindern werden. Eine Absperrung von Wasser- und Lichtleitungen in den Großstädten wird durch sie in allen Fällen unwirksam gemacht werden können.

**Auf Trimborn erwiderte der preussische Justizminister Heine.**

Für große politische Experimente sei kein Zeitpunkt ungeeigneter als der gegenwärtige. Das Wesen würde nur auf dem Papier stehen. Es hätte einen Weg gegeben, um zu größerer Vereinheitlichung des Reiches zu kommen. Man hätte Preußen zum Reichsland machen sollen. Dieses Beispiel hätte auch auf kleinere deutsche Staaten einen großen Einfluss gehabt. Warum habe das Reichsministerium diesen Weg nicht beschritten? Die Einheit der Arbeit und der Verwaltung sei die Stärke Preußens. Trimborn wolle das Rheinland, Goldhorn Hannover loslösen. Die Motten verlorfen das Lufende Schiff. Man wolle nicht mitzählen und nicht die Verantwortung, die auf Preußen laste, mittragen. Die gegenwärtige preussische Regierung sei übrigens nur ein Provisorium. Die Partei des Abgeordneten Trimborn werde später zugezogen werden. Die Steuerkraft der Rheinprovinz sei größer als die der übrigen preussischen Provinzen zusammengekommen. Jede Gemeinde könne jetzt, wenn es ihr behaue, die Trennung von Preußen verlangen. Durch den Verzicht auf einen eigenen Staatspräsidenten habe Preußen das größte Entgegenkommen gezeigt. Aber selbst wenn es in einem späteren Stadium den Staatspräsidenten doch noch einführen sollte, so wäre ein Staatspräsident immer noch besser als zehn Staatspräsidenten.

**Hr. Gröber (Str.)** protestierte gegen den Ausdruck Heines von den Motten, die das Schiff verlassen. Reichsminister Dr. Preuß legte sich mit dem Minister Heine aneinander. Heine vergesse vor allem, daß es in Preußen große lebensfähige Provinzen gebe, die selbst wenn sie beim preussischen Staate bleiben, es sich nicht nehmen lassen würden, sich mehr oder weniger selbstständig zu organisieren und sich auch eine parlamentarische Vertretung zu geben. Das Parlament von Schlesien, Hannover oder Rheinland werde jedenfalls ebenso einflussreich sein wie das von Baden oder Württemberg. Es sei jetzt eine Lebensfrage für das Reich, das Militär und die Eisenbahnen zu erhalten und überhaupt härter zu werden, als es bisher unter dem erdrückenden Uebergewicht Preußens möglich war.

Der Sozialdemokrat **Rosenstein** erklärte, daß für ihn entscheidend der Ausbau der Reichseinheit und die Erhaltung der Unverletzbarkeit des Reiches sei. Diesem Gesichtspunkte müßten auch die großen Bundesstaaten Opfer bringen. Rosenstein wandte sich dann ebenfalls scharf gegen Heine. Gerade jetzt sei es Zeit, aus dem Vollen zu schöpfen, wo alles im Fluss sei, und nicht das Alte ängstlich zu konservieren.

Der deutschnationale **Hr. v. Delbrück** dagegen schloß sich den Ausführungen Heines ausdrücklich an und trat mit allem Nachdruck für die Erhaltung des preussischen Staates ein, da man sonst den stärksten Baustein aus dem Reiche ließe.

Dann kamen die Vertreter einzelner nordischer Kleinstaaten zum Wort. Der Vertreter Braunschweigs erklärte, daß Braunschweig die Bildung eines Staatses niedersachsen anstrebe. Darauf trat eine Unterbrechung der Beratung ein. In der Nachmittags-Sitzung des Verfassungsausschusses erklärte der oldenburgische Gesandte v. Huden-Widenhanien, daß für die durch die Abgeordneten Trimborn und Heile geäußerten Wünsche über den Anschluß Oldenburgs an die von diesen Abgeordneten propozitierten Zukunftsstaaten im oldenburgischen Lande keine Stimmung vorhanden sei. Aber das Wort habe er nicht wegen solcher Zukunftsfragen genommen, sondern lediglich, um eine Schuld abzutragen. Diese Schuld bestehe darin, daß er als ältestes Mitglied des Bundesrats, des Staatsauschusses, auf Grund fünfzehnjähriger Erfahrung hier vor der großen Öffentlichkeit besagen müsse, daß die preussische Regierung im Bundesrat niemals ihre Pflicht mihbraucht habe, vielmehr habe jeder einzelstaatliche Wunsch bei der preussischen Regierung warmherzige Aufnahme gefunden. Preußen habe oft unter schweren eigenen Opfern so gehandelt, wie es irgend möglich gewesen sei. In vornehmer Weise habe die preussische Regierung im Bundesrat mit ihren Sympathien immer auf Seiten des schwächeren Teiles gestanden.

Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses erklärte dem offiziellen Bericht zufolge, als Resultat aus den Verhandlungen über den Art. 15 ergebe sich, daß eine Mehrheit dafür vorhanden sei, daß der Zusammenschluß kleiner Staaten wünschenswert und zu erwägen sei. ferner, daß auch die Trennung von Landesstellen ermöglicht, d. h. nicht unmöglich gemacht werden soll. Diese Trennung dürfe nicht forciert werden. Das Reich brauche feste, keine provisorischen Zustände. Preußen sei auch nach dem Reize noch eine reale Macht. Eine Schwächung Preußens schwäche auch das Reich. Mit seinen Provinzen hätten Verwahrungen stattgefunden, deren Zer-

schneidung den Gesamtkörper gefährde. Gerade jetzt dürften wir nicht Auflösungsstendenzien proklamieren. Auch im Süden und in Württemberg sollten die Auflösungsbestrebungen bayerischer Schwaben, von Bayern wea zu Württemberg zu kommen, nicht unterdrückt werden.

**Losrennungsbefrebungen in Bayern.**

Die Losrennungsbefrebungen bayerischer Landesteile nehmen ihren Fortgang. Ganz Schwaben ist davon ergriffen und trachtet, sich an Württemberg, die alte schwäbische Stammesheimat, anzuschließen. Ein Großschwaben soll neu entstehen. Auch in Franken hat die Bewegung einen ersten Charakter angenommen. Der in Nürnberg erscheinende demokratische „Frankische Kurier“ schreibt: Bayern ist das Kunstprodukt aus einer Zeit, in der Fürstentümer, Länder und Völker vererbten. München ist eine künstliche Pflanze, gezeugt und verhärtet durch Kriegergünst zum Nachteil von Nürnberg und Augsburg. Seinen Kunst- und Gewerbesitz verdankt München dem Jura aus Franken und Schwaben. Aus dem Münchener Chaos ist die Republik Nordbayern ein einfacher Ausweg. München und Altbayern sind auf uns und das übrige Deutschland angewiesen, nicht umgekehrt.

**Preussische Landesversammlung.**

(5. Sitzung.) Berlin, 19. März. Der Antrag Hoffmann (N. S.) auf Aufhebung des Besatzungsanklages und der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wurden mit 342 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Scharfsinnige Heiterkeit erregt es, als Hoffmann, in das Studium seiner Akten vertieft, gegen seinen eigenen Antrag stimmt. Der Antrag der Mehrheitsfraktion auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Art. 82 der alten Verfassung die Ursachen über die Unruhen und den Verlauf der Berliner Märzunruhen feststellen soll, wird einstimmig angenommen. Dann kam ein deutschnationaler Antrag zur Besprechung, den Dr. v. Reich (Deutschnat.) begründete und der die Regierung ersucht, auf die Freilassung der politischverhafteten Mitglieder der Landesversammlung hinzuwirken. Ministerpräsident Hirsch erwidert, die Regierung habe alles versucht, leider aber vergeblich. Die Vermittlungen würden fortgesetzt.

Als erster weiblicher Abgeordneter sprach Fräulein **Boehlmann** (Deutsche Vpt.). Sie erwartet von der Regierung, daß sie mit der erforderlichen Energie vorreicht. Nach weiterer Debatte wird der Antrag einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfs. Berichtshatter Dr. Heilmann (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die vorgeschlagenen Änderungen lassen die Grundlinien des Entwurfs unberührt, insbesondere bleiben der Verzicht auf einen eigenen Staatspräsidenten und die Berufung der Regierung durch den Präsidenten der verfassunggebenden Landesversammlung bestehen.

Hr. Heilmann (Soz.) wendet sich gegen einen Antrag der Unabhängigen, wonach die Gesetzgebung durch die Landesversammlung in Uebereinstimmung mit der Zentralstelle der L- und S-Räte erfolgen sollen. Dagegen erklärt sich auch der Hr. Am Rehnhoff (Centr.), ebenso gegen einen Antrag der Rechten, in der Fassung „Republik Preußen“ das Wort „Republik“ zu streichen. Hr. Dr. Rosenfeld (N. S.) beantragt, die Ablehnung der Hohensoffern in der Verfassung besonders herauszuheben. Nach weiteren Ausführungen der Hr. Dr. Friedberg (Dem.), Dr. Feidig (Deutsche Vpt.) und Heilmann (Soz.), die sich gegen die Anträge der Unabhängigen aussprechen, werden die §§ 1 und 2 unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. — Weiterberatung Donnerstag.

**Stadtnachrichten.**

**Wiesbaden, 22. März.**  
**Freie evangelische Vereinigung.** Der dritte Vortragabend wird wieder eine wachsende Beteiligung auf. Herr Pfarrer Steber sprach über „Christentum und Sozialdemokratie“. Er behandelte das Thema von dem hohen Werte wissenschaftlicher Würdigung des Verhältnisses dieser beiden großen Faktoren in unserem Volkseinheit in einer, bei voller Wahrung des christlichen Standpunktes, ausgesprochen sachlichen Form. Die Sozialdemokratie ist an sich einerseits eine rein politische Partei, die für eine bestimmte Form der Staatsverfassung und Wirtschaftsordnung eintritt und kämpft, und hat als solche weder ein feindliches noch ein freundliches Verhältnis zum Christentum. Die Sozialdemokratie ist aber mehr als eine politische Partei, sie deckt sich bei der großen Masse ihrer Anhänger wenigstens zurzeit noch, mit der durch die Lehren von Marx, vor allem in seinem bedeutendsten Buche „Das Kapital“ in die breiten Volksschichten verbreiteten materialistischen Weltanschauung, speziell in ihrer Anwendung auf die Auffassung der geschichtlichen Ereignisse. Diese Weltanschauung, die die Geschichte der Menschheit und Völker allein durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt werden, ist allerdings unvereinbar mit der christlichen Weltanschauung, die eine göttlichen Lenkung der Geschichte der Völker und Menschen, von einer sittlichen Weltordnung, von dem Glauben an unser eigenes Vollen, unserer Persönlichkeit, an unser Geschick, von der Verantwortlichkeit der Menschen für ihr Tun, von dem ganzen Wert und Wesen des christlichen Glaubenslebens. Die Sozialdemokratie ist aber schließlich nicht konsequent in ihrer materialistischen Weltanschauung, denn sonst könnte sie nicht ihren Anhänger verführen, daß mit Ueberwindung der letzten kapitalistischen Ordnung ein Zustand allgemeiner Ruhe, Ordnung, Friede und allseitigem Glück gewonnen würde. Die wirklich christlichen Standpunkte der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, eine ganze Reihe speziell der wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie durchaus zu unterstützen, so der Kampf um gesunde Wohnungen und entsprechende Entlohnung und genügende freie Zeit um der rein mechanischen arbeitenden Arbeit, welche viele Arbeiter von den Menschen heute verlangen, ein Gegenwärtiges dem Erwerblichkeits eines selbständigen Eigen- und Annehmlichkeiten zu bieten. Die christliche Religion hat schon bisher in der Kirche die einzige Stelle im menschlichen Gesellschaftsleben geboten, in der alle Standesunterschiede wegsallen, weil vor Gott alle gleich sind. Es ist also nicht wahr, daß die christliche Religion und die sozialdemokratische Parteipolitik solche Gegensätze seien. Soweit die Sozialdemokratie die materialistische Weltanschauung, speziell die Wirtschaftsauffassung überwinden hat, findet sich hierfür auch in ihren Forderungen durchaus Verständnis. Die Weltanschauung bekämpfen wir von der christlichen Seite her und hoffen sie zu überwinden. Die Parteiforderungen wirtschaftlicher Art sind a. T. ohne weiteres vom christlichen Standpunkt aus unterstützbar. Im großen und ganzen aber ist die Politik jeder Nation mit christlicher Gesinnung und Religion vereinbar. — Der nächste Vortrag findet am Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, im großen Saale der Lutherische (Lutherische) Kirche, Herr Pfarrer Beckmann wird sprechen über „Die Stellung der Frau in der evangelischen Kirche“.

**Todesfall.** Am Donnerstag starb hier nach längerer schwerer Krankheit im 51. Lebensjahre der Kaufmann Herr **Kafk**, der langjährige Geschäftsführer und Prokurist des Kaufhauses S. Blumenthal u. Co. Der Verstorbenen wurde durch seine geschäftliche Tätigkeit eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit. Seine Firma, der er über 25 Jahre als ein unermüdblicher Mitarbeiter angehörte, erleidet durch sein Hinscheiden einen schweren Verlust.

**Der verunglückte Kraftwagen.** Am 1. März hat ein offener Opel-Kraftwagen mit der Polizeinummer 30 Eberstadt im Odenwald verunglückt, dessen Insassen der Kraftwagenführer **Wihelm Wolf**, geboren am 24. Oktober 1895 in Eberstadt und der Kaufmann **Ernst Görtz** aus Mainz waren. Sie wollten nach Forchheim am Waldung des besetzten Gebietes über Frankfurt a. M. kamern. Der Kraftwagen ist in Forchheim nicht angekommen. Von den Insassen fehlt jede Spur. Nachrichten über den Verbleib des Kraftwagens, sowie der Insassen sind der Staatsanwaltschaft Darmstadt erwünscht.

**Festgenommen** wurde hier ein Dieb, der in Baden drei Riegen gestohlen hat, die er später im Wald abschlugete. Das Fleisch wollte er in die Wohnung eines Demplians, eines in der Waldstraße wohnenden Arbeiters schaffen. Die Eindrehen hatten hier und in der Umgegend schon längere Zeit ihr Wesen getrieben. Kürzlich hatte sie in Schenborn durch einen Einbruch ein Rind, das in der Nähe von Mariental in einer Bauhütte abgeschlachtet. Sie wurden damals von einem Forstbeamten zu einem Landwirt verfolgt. Die Diebe mußten aber von einer Festnahme absehen, weil die Diebe sich im Besitz von Waffen befanden und sich zur Wehr setzten, während sie selbst keine Waffen hatten. Ein weiteres Rind haben die Diebe einige Tage vorher in Bleidenstadt gestohlen.

**Standesamt-Nachrichten vom 21. März.** Sterbefälle: Am 19. März Frau **Wilhelmine Diefenbach** Wwe., geb. Diefenbach, 62 Jahre. Am 20. März **Willy Berthel**, 1 Jahr; **Walter Govers**, ohne Beruf, 66 Jahre; **August Heim**, Maler, 74 Jahre; **Anna Scholl**, Näherin, 26 Jahre. Am 21. März Frau **Paula Henrich**, geb. **Germann**, 58 Jahre.

**Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, um.**  
**Kurhaus.** Von Montag, den 24. ds. Mts., ab eröfnet die Abonnementkonzerte der Kurverwaltung eine Kammersängerin an den Tagen von Montag bis Freitag einfindl, wobei wie bisher zwei Konzerte täglich um 4 und 8 Uhr, nur ein Konzert von zweifelhingiger Dauer ohne Pause von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr stattfindet. Für Samstags- und Sonntagskonzerte.

Partei, sie deckt sich bei der großen Masse ihrer Anhänger wenigstens zurzeit noch, mit der durch die Lehren von Marx, vor allem in seinem bedeutendsten Buche „Das Kapital“ in die breiten Volksschichten verbreiteten materialistischen Weltanschauung, speziell in ihrer Anwendung auf die Auffassung der geschichtlichen Ereignisse. Diese Weltanschauung, die die Geschichte der Menschheit und Völker allein durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt werden, ist allerdings unvereinbar mit der christlichen Weltanschauung, die eine göttlichen Lenkung der Geschichte der Völker und Menschen, von einer sittlichen Weltordnung, von dem Glauben an unser eigenes Vollen, unserer Persönlichkeit, an unser Geschick, von der Verantwortlichkeit der Menschen für ihr Tun, von dem ganzen Wert und Wesen des christlichen Glaubenslebens. Die Sozialdemokratie ist aber schließlich nicht konsequent in ihrer materialistischen Weltanschauung, denn sonst könnte sie nicht ihren Anhänger verführen, daß mit Ueberwindung der letzten kapitalistischen Ordnung ein Zustand allgemeiner Ruhe, Ordnung, Friede und allseitigem Glück gewonnen würde. Die wirklich christlichen Standpunkte der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, eine ganze Reihe speziell der wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie durchaus zu unterstützen, so der Kampf um gesunde Wohnungen und entsprechende Entlohnung und genügende freie Zeit um der rein mechanischen arbeitenden Arbeit, welche viele Arbeiter von den Menschen heute verlangen, ein Gegenwärtiges dem Erwerblichkeits eines selbständigen Eigen- und Annehmlichkeiten zu bieten. Die christliche Religion hat schon bisher in der Kirche die einzige Stelle im menschlichen Gesellschaftsleben geboten, in der alle Standesunterschiede wegsallen, weil vor Gott alle gleich sind. Es ist also nicht wahr, daß die christliche Religion und die sozialdemokratische Parteipolitik solche Gegensätze seien. Soweit die Sozialdemokratie die materialistische Weltanschauung, speziell die Wirtschaftsauffassung überwinden hat, findet sich hierfür auch in ihren Forderungen durchaus Verständnis. Die Weltanschauung bekämpfen wir von der christlichen Seite her und hoffen sie zu überwinden. Die Parteiforderungen wirtschaftlicher Art sind a. T. ohne weiteres vom christlichen Standpunkt aus unterstützbar. Im großen und ganzen aber ist die Politik jeder Nation mit christlicher Gesinnung und Religion vereinbar. — Der nächste Vortrag findet am Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, im großen Saale der Lutherische (Lutherische) Kirche, Herr Pfarrer Beckmann wird sprechen über „Die Stellung der Frau in der evangelischen Kirche“.

**Todesfall.** Am Donnerstag starb hier nach längerer schwerer Krankheit im 51. Lebensjahre der Kaufmann Herr **Kafk**, der langjährige Geschäftsführer und Prokurist des Kaufhauses S. Blumenthal u. Co. Der Verstorbenen wurde durch seine geschäftliche Tätigkeit eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit. Seine Firma, der er über 25 Jahre als ein unermüdblicher Mitarbeiter angehörte, erleidet durch sein Hinscheiden einen schweren Verlust.

**Der verunglückte Kraftwagen.** Am 1. März hat ein offener Opel-Kraftwagen mit der Polizeinummer 30 Eberstadt im Odenwald verunglückt, dessen Insassen der Kraftwagenführer **Wihelm Wolf**, geboren am 24. Oktober 1895 in Eberstadt und der Kaufmann **Ernst Görtz** aus Mainz waren. Sie wollten nach Forchheim am Waldung des besetzten Gebietes über Frankfurt a. M. kamern. Der Kraftwagen ist in Forchheim nicht angekommen. Von den Insassen fehlt jede Spur. Nachrichten über den Verbleib des Kraftwagens, sowie der Insassen sind der Staatsanwaltschaft Darmstadt erwünscht.

**Festgenommen** wurde hier ein Dieb, der in Baden drei Riegen gestohlen hat, die er später im Wald abschlugete. Das Fleisch wollte er in die Wohnung eines Demplians, eines in der Waldstraße wohnenden Arbeiters schaffen. Die Eindrehen hatten hier und in der Umgegend schon längere Zeit ihr Wesen getrieben. Kürzlich hatte sie in Schenborn durch einen Einbruch ein Rind, das in der Nähe von Mariental in einer Bauhütte abgeschlachtet. Sie wurden damals von einem Forstbeamten zu einem Landwirt verfolgt. Die Diebe mußten aber von einer Festnahme absehen, weil die Diebe sich im Besitz von Waffen befanden und sich zur Wehr setzten, während sie selbst keine Waffen hatten. Ein weiteres Rind haben die Diebe einige Tage vorher in Bleidenstadt gestohlen.

**Standesamt-Nachrichten vom 21. März.** Sterbefälle: Am 19. März Frau **Wilhelmine Diefenbach** Wwe., geb. Diefenbach, 62 Jahre. Am 20. März **Willy Berthel**, 1 Jahr; **Walter Govers**, ohne Beruf, 66 Jahre; **August Heim**, Maler, 74 Jahre; **Anna Scholl**, Näherin, 26 Jahre. Am 21. März Frau **Paula Henrich**, geb. **Germann**, 58 Jahre.

**Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, um.**  
**Kurhaus.** Von Montag, den 24. ds. Mts., ab eröfnet die Abonnementkonzerte der Kurverwaltung eine Kammersängerin an den Tagen von Montag bis Freitag einfindl, wobei wie bisher zwei Konzerte täglich um 4 und 8 Uhr, nur ein Konzert von zweifelhingiger Dauer ohne Pause von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr stattfindet. Für Samstags- und Sonntagskonzerte.

**Chre meiner Frau nicht der letzte Hauch eines Mädchens?**  
**Dasso** von Rieds Augen glänzten feucht. Eine furchtbare Last war von seiner Seele genommen worden, so dachte er, daß er es noch nicht fassen konnte, daß er an ein Wunder glauben mußte. Er drückte des Freundes Hand krampfhaft in der seinen.

„Ich glaube dir, Audi! Deine Frau muß ein anbetungswürdiger Engel sein. Geh zu ihr und sage ihr, ich bitte sie bitten, meinen innigen Dank entgegenzunehmen. Dann entschuldige mich für heute. Ich fahre sofort nach Kairo zurück, packe meine Sachen und reise heim. Nicht eine Stunde länger als nötig darf ich zögern, denn sie liebt, wie mich sie leiden wegen meines grundlosen Trauens! Und doch: wie konnte ich anders, als sie für die Besiglerin der Handtasche halten. Ihre Anfangsbuchstaben sind E. S., das „von“ fehlt ja meist bei Monogrammen.“

„Es hieß aber in diesem Falle „Charlotte Harder“, Audi! Kronau ein.“

**Dasso** von Ried atmete auf.  
 „Wohin habe ich mich verirrt in meinem fassungslos Schwere? Da ahnt es nicht, Audi, welchen Druck du vom Herzen genommen hast. Zwar bin ich nun in bester Angst und Sorge um mein geliebtes Mädchen, das ich sinnlos von mir gestochen habe, aber ich hoffe, ihre Wunde ist groß genug, um mir zu verzeihen.“

Kronau drückte ihm die Hand.  
 „Hoffentlich wird alles gut. Und nun warte hier ein paar Minuten, jetzt will ich meine Frau holen.“

Eilig lief er davon, Dasso von Ried in einem Glanz von Empfindungen zurücklassend.  
 Kronau kam nach wenigen Minuten mit seiner Frau zurück. Dasso von Ried erhob sich und ging ihnen entgegen, mit einem erregt zuckenden Gesicht. Er führte Votti von Kronaus Hand ehrerbietig an seine Lippen.

„Meine hochverehrte, gnädige Frau, zuweilen sendet der Himmel einen Engel auf die Welt, der gnadenvolle Wunder tut an uns Menschen und Glück und Freude für trübliche Herzen spendet. Solch ein Engel sind Sie. Ich danke Ihnen innigst und ergebent für Ihre Seelenarzte.“ konnte er kaum wegt.  
 Frau von Kronau sah ihn mit großen, tränenüberfluteten Augen an.

(Fortsetzung folgt.)

**Der verhängnisvolle Brief.**

Roman von **Hedwig Courth-Mahler.**

(68. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Kronau schlug an einer bestimmten Stelle, die ihm wohl schon geläufig war, das Buch auf und bezeichnete dem Freunde die Stelle.

Dasso von Ried las, und seine Augen weiteten sich betroffen.  
 „Was ist das?“  
 „Erkennst du in diesem gedruckten Briefe dieses Romans den Inhalt des gefundenen?“  
 Dasso von Ried nickte erregt.

„Ich glaube, es ist wörtlich derselbe. Was soll das heißen, Audi?“

„Du sollst alles hören, mein Alter. Also die Handtasche, die du damals gefunden hast, ist dieselbe, die du vorhin im Besitz meiner Frau gesehen hast. Meine Frau hatte sie verloren, nicht die junge Dame, von der du sprichst. Hatte sie dann am nächsten Abend bei dir abgeholt und hat deinem kühnen Treumann zweihundert Mark Finderlohn gegeben. Außer jenem Briefe befand sich in der Tasche noch ein Schlüsselbund, eine Geldbörse und ein Taschentuch. Und hier — hier habe ich auch den Brief, den du unter der Chiffre „E. S.“ an die Zeitungsexpedition sandtest, als Nachricht auf das Inferno meiner Frau, in dem sie ihren Verluh meldete.“

Er nahm einen Brief aus seiner Brieftasche und reichte ihn Dasso von Ried.

Der sahste mit bebender Hand danach. Sein Gesicht war farblos und die Augen stiegen groß und brennend an des Freundes Gesicht.

Rastungslos starrte er nun auf sein eigenes Schreiben herab. Dann sagte er heiser und erregt:  
 „Audi, ich lasse das nicht!“  
 Rudolf von Kronau sahste seine Hand.

„Du wirst alles verstehen. Die junge Dame, mit der du dich verlobtest, muß dieselbe sein, die nach meiner Frau das Auto benutzte. Da die Handtasche zwischen dir und Wand eingelassen war, hat sie sie nicht bemerkt. Du aber wußtest glauben, daß sie die Tasche verloren hatte. Wir, meine Frau und ich, wußten lange, daß du die Tasche gefunden hattest, und es hat uns schwere Sorge gemacht, als

du jetzt die Handtasche erkanntest und sie immerfort ansehst. Wir mußten annehmen, du wüßtest alles oder ohnest wenigstens die Wahrheit. Wenn du mir dein Veragensergebnis nicht anvertraut hättest, dann hätte ich dir natürlich nicht geantwortet. Als du es aber getan hattest, wußte ich, daß dein Blick davon abhängeta war, daß ich sprach. Deshalb begab ich mich zu meiner Frau und sagte ihr alles. Und sie sagte sofort: „Derr von Ried muß alles erfahren, das Glück zweier Menschen hängt davon ab.““

Dasso von Ried hatte sich vorgebeugt, und seine Hände umkrampften die des Freundes.

„Audi, ahnt du, was in mir vorgeht nach deiner Enthüllung?“  
 Ried er wie außer sich hervor.

Kronau nickte.  
 „Ich kann mich sehr wohl in deine Lage versehen, Dasso. Aber nun ich dir das gesagt habe, mußst du mich weiter anhören. Du mußt erfahren, wie ich dazu kam, diesen fingierten Brief an meine Frau zu schreiben, die damals noch nicht einmal meine Frau war. Vorerst aebte ich dir aber freiwillig mein heiliges Ehrenwort als Offizier — und als dein Freund —: nie bebanden vor unserer Verheiratung Beziehungen zwischen meiner Frau und mir, wie sie aus diesem Briefe ersichtlich sind. Der Brief war nur Mittel zum Zweck, um Vottis Mutter die Einwilligung zu unserer Verbindung abzuwingen. Du weißt ja, wie ich bei der Nättin Wendi wohnte. Weder bei Tag noch bei Nacht hätte ich eine Dame dort empfangen können, ohne daß sie gesehen worden wäre. Du hast dich ja selbst oft genug über meine Berberufse beklagt. Also höre mich an.“

Und Rudolf von Kronau erzählte dem Freunde, wie Votti den Brief aus dem Roman abgeschrieben und ihn gebeten hatte, denselben Brief an sie zu schreiben, weil es das einzige Mittel gewesen wor, die Mutter zu einer Einwilligung zu zwingen.

Er schilderte alles genau und der Wahrheit gemäß, auch von der Veröhnung mit seiner Schwiegermutter, nachdem Votti ihr gestanden hatte, daß der Brief nur ein fingierter gewesen sei. Und dabei schilderte er Vottis osfermutiges Verhalten im hellsten Lichte, gleichwie aber auch ihre Angst um den verlorenen Brief in der Handtasche.

Meine Gattin ist ein herrlicher Mensch, Dasso. So sehr sie sich fürchte vor einer Mißdeutung dieses fingierten Briefes, zögerte sie keinen Augenblick, mich zu bitten, dir alles zu sagen. Sprich, Dasso, glaubst du mir, daß auf der

Konzerte... am 4. und 8. Uhr bestehen. Diese Anordnungen sind nur für die Zeit bis zum Beginn der Konzerte im Abonnement im großen Saale ein Kammerkonzert unter Mitwirkung der Herren Dr. W. Ors (Klavier), Dr. F. Zumbach (Violine), L. Brückner (Cello), B. Grimm (Klarinette), K. Kraft (Horn) und B. Peterfen (Fagott) vorzuführen. Das Kammerkonzert fällt an diesem Tage aus.

**Aus Nassau und Nachbargebieten.**

**Wina, 21. März.** Villa niederabgebrannt. Das früher von Mainzer Kunstfliegern gern aufgesuchte, im Wald gelegene, frühere Restaurant Uhlerturm, das jetzt von seinem jetzigen Besitzer, Herrn Waldhausen, als Geflügelhof benutzt wurde. Das Anwesen war seit Jahren unbewohnt. Das von seinem Besitzer verlassene Schloß wird von Soldaten als Kasernen benutzt.

**Wimböheim, 21. März.** Vor Freude gestorben. Über die Nachricht von der Rückkehr ihres Sohnes aus amerikanischer Gefangenschaft aus Kanada geriet die Frau des Landwirts Herwig dahier in so große Erregung, daß sie einen tödlichen Schlaganfall bekam.

**W. Gelnhausen, 21. März.** Beschlaanahmtes Grundstück. Der hiesigen Polizei gelang es, in den Monaten Januar und Februar in Gelnhäuser Gaudhalsgraben Meeresgut im Werte von rund 150 000 Mark zu erheben und zu beschlaanahmen.

**Gericht und Rechtsprechung.**

**Zur Warnung.** Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ ist der Geschäftsführer des Warenhauses Tieg in Krefeld vom belgischen Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von fünftausend Francs verurteilt worden, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Belgisoldaten vorzufinden wurden, die Kämpfe zwischen deutschen Feldgrauen und den Gequern darstellten, wobei die Feinde nicht besonders gut abzeichneten. Der Geschäftsführer ist erst aus der Haft entlassen worden, nachdem die Firma Tieg hunderttausend Mark Sicherheit gestellt hat.

schäftsführer ist erst aus der Haft entlassen worden, nachdem die Firma Tieg hunderttausend Mark Sicherheit gestellt hat.

**Vermischtes.**

**Lustpost Frankfurt a. M.-Berlin.** Die Vorarbeiten für die Lustpost Frankfurt-Berlin schreiten rüstig voran. Die Finanzierung des gesamten Betriebs übernimmt, wie wir hören, die Deutsche Luftreederei, die auch bereits die Flugposten von Berlin nach Weimar und Hamburg eingerichtet hat. Die technische Leitung wird der Frankfurter Flughafen-Vertrag A. G. übertragen. Am letzten Sonntag trafen aus Weimar mehrere Flugzeuge zu einer Probefahrt in Frankfurt ein. Sie hatten den Weg in etwa 2 Stunden zurückgelegt. Ein Flugzeug mußte bei Rodenbach (Kr. Hanau) notlanden und wurde dabei arg beschädigt.

**Operationen in der Hypnose.** Das wichtigste Mittel, um Narkotika zu sparen, ist die Anwendung von Hypnose und Suggestion bei Operationen. Dadurch werden die sonst so häufigen Erregungszustände in der Narkose beseitigt. Eine Ausnahme machen wie Professor Bonne in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführt, Geistesranke und Säuer, die schon soweit demont sind, daß sie auf Suggestion überhaupt nicht mehr reagieren. Vor der Narkose muß es ausgeschaltet werden, was den Kranken irgendwie erregen könnte, z. B. Klirren der Instrumente, Gespräche oder gar Lachen des Personals. Der Arzt muß dem Kranken vor der Operation jede Angst und Furcht davor nehmen. Beim Auflegen der Maske erfolgt fortgesetzt der Suggestionbefehl, ruhig und tief zu atmen und einzuschlafen. Kommt es doch zum Erregungsstadium, so findet man, von wenigen Fällen abgesehen, stets einen Fehler: entweder ist die Schlafsuggestion nicht sorgfältig genug vorbereitet oder es ist gleich im Anfang zu viel Äther auf die Maske geschüttet und dadurch ein Angstzustand hervorgerufen, oder der Patient ist zu hart angefaßt oder auch mit der Operation ist zu früh begonnen worden. Von höchster Bedeutung ist die Suggestionstätigkeit, auch zur Befestigung der Schlaflosigkeit.

**Berliner Börse.**

Berlin, 20. März 1919. Table with columns for V.K., L.K., V.K., L.K. and various stock market entries like Schantung, Lombarden, Hamburg-Amerika, etc.

**Die neuen Telefon-Nummern**

der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H. („Wiesbadener Zeitung“ u. „Wiesbadener Neueste Nachrichten“ heissen:

5515, 5516 und 5517.

Unsere Geschäftsfreunde und Leser werden gebeten, bei Anrufen unsere neuen Nummern zu beachten und die Fernsprecherzeichnisse entsprechend zu ändern.

Schriftleitung: Gerhard Grotius. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: G. Grotius; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: G. Grotius; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. W. Hans Hüneler; für die Anzeigen: Jos. Bapler; sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Am 20. März entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit im 51. Lebensjahre unser lieber, treuer Freund

**Herr Hermann Kass.**

Seit mehr als 25 Jahren hat er in aufopfernder Treue und unermüdllichem Fleisse unser Unternehmen mitgeleitet und in uneigennützigster Weise bis in die letzten Tage seine ganze Kraft uns gewidmet. Ein stets hilfsbereiter Freund, ein guter, tüchtiger und edler Mensch ist mit ihm dahingegangen, dessen Andenken bei uns nie erlöschen wird.

**S. Blumenthal & Co.**

Die Feuerbestattung findet Sonntag, den 23. März, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Unser hochverehrter

**Herr Hermann Kass**

Prokurist der Firma S. Blumenthal & Co.

ist am 20. März sanft entschlafen.

Wir verlieren in ihm einen gerechten, wohlwollenden Vorgesetzten und Freund, der jedem von uns ein warmherziger, stets hilfsbereiter Berater und Helfer gewesen ist.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

**Die Angestellten**

der Firma S. Blumenthal & Co.

Hierdurch die traurige Mitteilung, dass heute vormittag 9 Uhr mein treuer Sohn

**Adolf Knotte**

infolge eines Herzschlags plötzlich verstarb.

In tiefer Trauer:

Kuno Knotte, Kammermusiker a. D.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 17. März 1919.

Luisenstr. 111, I.

(#2209)

**J. Hertz**

Langgasse 20.

\*

**ABTEILUNG TRAUER**

Mäntel / Blusen  
Kleider / Jackenkleider  
Röcke / Unterröcke

Maß-Anfertigung sofort.

[8785]

Trauerhüte  
Trauerhüllen  
in allen  
Preislagen  
stets vorrätig  
Heinrich  
Fried  
Wiesbaden  
Kirchgasse 52  
Fernopr. 6599

Gebr. 1865. Telefon 265

Beerdigungs-Anstalten

„Friede“ u. „Bietät“

Firma

Adolf Limbarth

8 Ellenbogengasse 8.

Größtes Lager in allen Arten

Holz- und

Metall-Särge

zu realen Preisen.

Eigene Leichenwagen und

Kranwagen.

Lieferant des

Verbands f. Feuerbestattung

Lieferant des

Verbands-Verelns.

Rohrkhülle werden mit guten  
Erfahrungsfähigkeiten gefertigt.  
Bestellbar.  
werd. angenommen  
Dobbeimer  
Straße 90 im Baden. (1919)

**Schnittmuster-Atelier G. Müller**

Kapellenstraße 3, Part.

empfiehlt sämtliche Schnittmuster nach Maß und jedem Journal für Damen- und Kindergarderobe.

Im hiesigen Genossenschaftsregister ist bei der Vereinsbank  
Dadenburg G. m. u. D. in Dadenburg nachstehendes ein-  
getragen worden:

An Stelle des zurücktretenden stellvertretenden Vorstands-  
mitgliedes Karl Bungenroth wird Renner Karl Voller bis zum  
1. Oktober 1919 bestellt.

Dadenburg, den 18. März 1919.

Das Amtsgericht. 6498

